

# CHINAS NUKLEARE AUFRÜSTUNG: HINTERGRÜNDE UND FOLGEN

Langsam, aber stetig baut China seine Nuklearkapazitäten aus. Ziel ist es, gegenüber den USA auch künftig eine glaubwürdige nukleare Zweitschlagfähigkeit aufrechterhalten zu können. Überdies sieht China Kernwaffen aber auch zunehmend als politische Währung. Vor allem die benachbarte Atommacht Indien nimmt die atomare Aufrüstung Chinas als Bedrohung wahr. Eine nukleare Destabilisierung der asiatisch-pazifischen Region könnte die Folge sein.



China modernisiert seine Trägersysteme: Ballistische Rakete an einer Militärparade in Peking, 1. Oktober 2009.

Bereits Mitte der 1960er-Jahre trat die Volksrepublik China dem Klub der Atom-mächte bei. Doch Pekings Kernwaffenarsenal produzierte nur wenige Schlagzeilen. Jahrelang hielt sich China bei der nuklearen Aufrüstung zurück. Zudem wollte China Atomwaffen nicht als Erster einsetzen.

Inzwischen ist China aufgrund seines wirtschaftlichen Aufstiegs zu einem politischen Schwergewicht in der internationalen Arena geworden. Auch militärisch legt das Reich der Mitte mit enormen Wachstumsraten im Verteidigungshaushalt – allein für 2012 waren offiziell über elf Prozent vorgesehen – zu. Chinas Atomwaffenpotenzial blieb dabei weitgehend im Hintergrund, doch auch hier zeichnen sich wichtige Veränderungen ab. Die Politik des Nichtersteinsetzes von Nuklearwaffen

wird von chinesischen Experten in Frage gestellt. Gleichzeitig gibt es Vermutungen, dass Peking sein Atomwaffenarsenal langsam, aber stetig ausbaut. Bei den Trägersystemen werden insbesondere die ballistischen Raketensysteme erweitert und modernisiert.

In vielerlei Hinsicht ist diese langsame nukleare Aufrüstung chinesischen Bedrohungswahrnehmungen geschuldet. Peking fürchtet, die USA könnten mit ihrer im Aufbau befindlichen Raketenabwehr sowie neuen, weitreichenden konventionellen Fähigkeiten den Kern der chinesischen Nukleardoktrin unterlaufen, nämlich Chinas gesicherte und glaubwürdige nukleare Zweitschlagfähigkeit. Es gibt allerdings auch Anzeichen dafür, dass Peking Atomwaffen derzeit stärker als früher als

gewichtige politische Währung im Gross-machtpoker interpretiert.

Chinas allmählicher Aufstieg in Sachen Kernwaffen hat bereits heute Folgen für die asiatisch-pazifische Region. In Indien wird Chinas nuklearer Aufstieg mit grossem Argwohn betrachtet. Das Verhältnis der beiden Nachbarn kann als eine Mischung aus Konflikt und Kooperation beschrieben werden. Peking wie auch Delhi wollen kostenträchtige nukleare Rüstungswettläufe vermeiden, weil sie den jeweiligen wirtschaftlichen Aufstieg behindern würden. Dennoch besteht die Gefahr, dass genau dies eintreffen wird: China erweitert seine atomaren Zeughäuser, um seine Abschreckung gegenüber den USA zu sichern. Indien wiederum forciert seine eigenen nuklearen Modernisierungen, um gegenüber dem nördlichen Nachbarn nicht ins Hintertreffen zu geraten. Derweil rüstet auch Pakistan – unterstützt von China – nuklear auf, um sich gegen den ewigen Konkurrenten Indien zu schützen. Diese nukleare Dynamik kann zu erheblichen Instabilitäten führen.

## Atomwaffen in der chinesischen Strategiedebatte

Das chinesische Atomwaffenprogramm begann Mitte der 1950er-Jahre. Seinen ersten Atombombentest führte das Land 1964 durch. Seither fanden insgesamt 45 Versuche statt. China testete die gesamte Palette von Atomwaffen, von Uran- und Plutoniumbomben über thermonukleare Sprengsätze bis hin zu Neutronenwaffen. Während der letzten Versuchsphase, die 1996 endete, ging es vor allem um die Erprobung kleinerer und leichter nuklearer Sprengköpfe.

Mao Zedong, von 1943 bis 1976 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, hatte die Bedeutung von Kernwaffen lange heruntergespielt, indem er sie als «Papiertiger» bezeichnete. Nur die atomaren Drohungen anderer Staaten hätten China gezwungen, selbst Nuklearwaffen zu bauen. Infolge dieser Geringschätzung der Bedeutung von Kernwaffen verfolgte China lange Zeit über eine Politik der nuklearen Zurückhaltung. Schon 1964, also unmittelbar nach seinem ersten Atomversuch, verkündete Peking, es wolle seine Kernwaffen niemals als Erster einsetzen oder auch nur mit einem entsprechenden Einsatz drohen. Eine explizite Nuklearstrategie und ein entsprechender Einsatzplan wurden über diesen Grundsatz hinaus lange nicht entwickelt. China baute eine verhältnismässig kleine Atomstreitmacht auf. Sie diente in erster Linie der Abschreckung durch Vergeltungsfähigkeit. China lehnte es ausdrücklich ab, sich mit anderen Atommächten in Rüstungswettläufe zu verwickeln. Die Anzahl seiner strategischen Atomwaffen, also derjenigen, die die USA erreichen könnten, verharrte lange bei etwa 20 Sprengköpfen.

Erst im Verteidigungsweissbuch von 2006 deklarierte China eine «Selbstverteidigungs-Nuklearstrategie». Sie wird von fünf Prinzipien geleitet: Abschreckung gegen China gerichteter nuklearer Einsätze und nuklearer Erpressungen; Sicherstellung der Überlebensfähigkeit der eigenen Atomwaffen, damit sie nach einem nuklearen Angriff einen Gegenschlag führen können; Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz; ein zentralisiertes Kommando für die Atomwaffen; atomare Angriffe nur auf Schlüsselziele. Auch in Zukunft werde sich – so die Autoren des Weissbuchs – China nicht in nuklearen Rüstungswettläufen engagieren.

In der Folgezeit entbrannte unter chinesischen Experten eine Debatte über die Politik des nuklearen Nichtersteinsatzes. Umstritten war, ob China nicht im Falle einer militärischen Unterstützung der USA für eine taiwanische Unabhängigkeitserklärung mit atomaren Schlägen drohen sollte. Auch wurde seitens chinesischer Strategen auf die inzwischen enorm gesteigerte Zerstörungskraft moderner konventioneller Waffen verwiesen. Ihr Einsatz könnte möglicherweise einen chinesischen atomaren Gegenschlag rechtfertigen.

Mit der Publikation des Verteidigungsweissbuchs vom Frühjahr 2013 wurde diese Diskussion beendet. Peking bleibt dabei, Atomwaffen nicht zuerst einsetzen zu

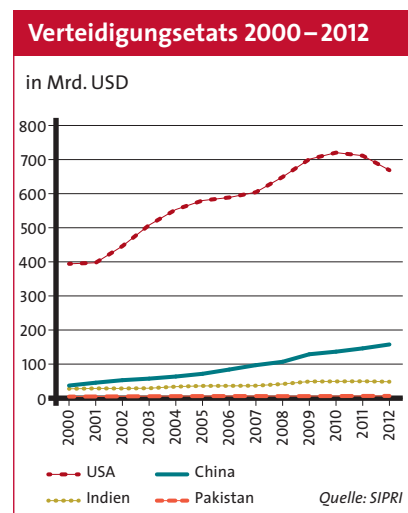
wollen. Angesichts einer im Vergleich zu den USA und auch Russland nach wie vor kleinen Atomstreitmacht würde ein nuklearer Ersteinsatz Chinas womöglich eine nukleare Vergeltung provozieren. Überdies fürchtete China im Falle eines offiziellen Wandels seiner Politik offenbar die entsprechenden negativen internationalen Reaktionen. Insbesondere kann Peking kein Interesse daran haben, in Japan eine Diskussion über eine eigene Nuklearbewaffnung zu befeuern. Allerdings wiederholt das neue Weissbuch die traditionelle Nichtersteinsatzformel nicht.

### Chinas wachsendes Kernwaffenarsenal

Niemand weiss genau, über wie viele Kernwaffen China derzeit verfügt. Gerade weil sein Arsenal so klein ist, hat Peking kein Interesse daran, im Zuge von Transparenzmassnahmen Details seiner Stationierungsorte bekannt und die Atomwaffendepots so verwundbar zu machen. Schätzungen zufolge dürfte China heute insgesamt etwa zwischen 240 und 400 Atomwaffen besitzen. Interessant ist, dass – US-Angaben zufolge – die Anzahl der Nuklearsprengköpfe für strategische Raketen allein zwischen 2002 und 2010 von 20 auf 30–35 angestiegen ist. Dies kommt, wenn auch auf niedrigem Niveau, fast einer Verdopplung gleich.

Was die Trägersysteme angeht, so bilden landgestützte ballistische Raketen das Rückgrat der chinesischen Nuklearstreitmacht. Sie werden seit einigen Jahren kontinuierlich modernisiert. Neue Raketen-systeme, die strassenbeweglich sind und moderne Feststoffantriebe nutzen, werden eingeführt. Sie ersetzen nach und nach alte, in Silos stationierte Raketen, bei denen noch Flüssigtreibstoff verwendet wird. Bislang tragen alle landgestützten chinesischen Raketen nur einen nuklearen Sprengkopf. Nach Einschätzung von Experten wäre Peking jedoch durchaus dazu in der Lage, die Mehrfachsprengkopftechnologie zu verwenden. Mit diesem bislang offenbar politisch nicht gewollten Schritt könnte China sein Atomwaffenarsenal in kurzer Zeit massiv vergrössern.

Zudem wird die Anzahl derjenigen Raketen, die Kernwaffen tragen können, erweitert. So gehen Schätzungen von über 1300 Kurz- und Mittelstreckenraketen aus, die – vorwiegend an der Küste gegenüber Taiwan stationiert – entweder konventionell oder nuklear bestückt werden können. Hinzu kommen wenige Atombomben, die



von Flugzeugen des Typs H-6 abgeworfen werden können. Ein vor kurzem bei der chinesischen Luftwaffe eingeführter modernisierter Typ dieses Flugzeugs kann mit nuklear bewaffneten Marschflugkörpern ausgestattet werden. Obgleich dadurch der mögliche Einsatzradius dieses Waffensystems deutlich ausgedehnt wird, dürften diese Flugzeuge vor allem für regionale Zwecke vorgesehen sein.

Lange Zeit hat sich China mit der Herausforderung beschäftigt, ballistische Raketen auf nukleargetriebenen U-Booten zu stationieren. Mittlerweile verfügt Peking über drei Boote der Jin-Klasse, jedes mit zwölf Raketenschächten ausgestattet. Die entsprechenden Raketen könnten mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet werden. Bislang hat es China aber noch nicht geschafft, immer mindestens ein U-Boot auf Patrouillenfahrt zu haben. Auch hat China noch nie eine ballistische Rakete von einem getauchten U-Boot aus erfolgreich abgeschossen. Um Ziele in den USA erreichen zu können, müssten sich die Boote der Jing-Klasse zudem sehr weit in den Pazifik hinauswagen, wo sie der amerikanischen U-Boot-Abwehr ausgesetzt wären. Einige Analysten sind daher der Auffassung, Chinas U-Boot-gestützte Atomraketen sollten vornehmlich Ziele in Indien oder auch Russland abdecken.

### Motive für den schrittweisen Ausbau der Nuklearstreitmacht

Verschiedene Motive treiben China hinsichtlich des Ausbaus seiner Atomstreitkräfte an. Im Zuge des politisch-wirtschaftlichen Aufstiegs scheint die Führungselite den Kernwaffen anders als früher eine wichtige politische Rolle zuzuweisen. So vertrat der neue chinesische Präsident Xi Jinping im Dezember 2012 bei einer Rede

die Auffassung, Atomwaffen gäben China eine wichtige strategische Unterstützung für seinen Status als Grossmacht.

Der wichtigste strategische Gesichtspunkt für den Ausbau der Atomarsenale dürfte aber das Verhältnis zu den USA sein. Peking betrachtet Washingtons Politik spätestens seit der von US-Präsident Barack Obama verkündeten «Hinwendung» der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik in den asiatisch-pazifischen Raum mit zunehmendem Argwohn. In Peking wird die «Hinwendung nach Asien» als Ausdehnung der amerikanischen militärischen Präsenz in der Region begriffen. Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit seiner Nuklearabschreckung fürchtet man in China die amerikanischen Verbesserungen in den Bereichen nachrichtendienstliche Erkenntnisgewinnung, Überwachung, Aufklärung, Raketenabwehr und weitreichende konventionelle Präzisionswaffen. Dementsprechend geht es beim Ausbau des Nukleararsenals vornehmlich um die Sicherung der Überlebensfähigkeit der chinesischen strategischen Atomstreitmacht.

Eine bedeutende chinesische Besorgnis betrifft die Zukunft Taiwans. Eine – derzeit nicht unmittelbar im Raum stehende – Unabhängigkeit der Insel würde die Legitimationsgrundlagen der in China herrschenden kommunistischen Partei empfindlich ankratzen. Dies gälte in besonderem Masse, sollte diese Unabhängigkeit unter Zuhilfenahme amerikanischer militärischer Unterstützung zustande kommen. Umgekehrt müsste Washington Taiwan vor jeglichen chinesischen militärischen Übergriffen wirksam schützen, stünde doch die Zuverlässigkeit amerikanischer Sicherheitszusagen in der asiatisch-pazifischen Region auf dem Prüfstand. Es ist daher jedenfalls aus chinesischer Sicht nicht auszuschliessen, dass ein entsprechendes Szenario einer amerikanisch-chinesischen Konfrontation wegen Taiwan ungewollt nuklear eskalierte. Derzeit versucht China, konventionelle Optionen zu entwickeln, die es den USA verwehren sollen, Taiwan militärisch zu Hilfe zu eilen. Insbesondere sollen amerikanische Flugzeugträgergruppen künftig möglichst aus der Strasse von Taiwan herausgehalten werden. Ein wichtiges Element ist der Aufbau vorwiegend konventionell bestückter Raketen und Marschflugkörper an der Taiwan gegenüberliegenden Küste. In einer

**Das wichtigste Motiv für den Ausbau des chinesischen Atomarsenals dürfte das Verhältnis zu den USA sein.**

Krise könnte eine ungewollte nukleare Eskalation drohen, sollte die amerikanische Aufklärung den chinesischen Abschuss konventioneller Raketen als Nuklearangriff missinterpretieren.

Wachsende Sorgen macht man sich in China insbesondere wegen des amerikanischen Aufbaus einer Raketenabwehr. Die entsprechenden, in Kalifornien und Alaska aufgebauten Systeme sollen zwar amerikanischen Verlautbarungen gemäss die USA vornehmlich gegenüber nordkoreanischen Raketen schützen. Doch in Peking wird vermutet, in Wirklichkeit richte sich die US-Raketenabwehr auch gegen China. Habe Washington erst einmal die Fähigkeit erlangt, die noch immer relativ wenigen strategischen chinesischen Atomraketen abzufangen, bestünde die Gefahr, dass die USA China nuklear zu erpressen versuchten, etwa im Rahmen eines Konflikts um Taiwan.

Auch die amerikanischen Programme zum Aufbau weitreichender konventioneller Fähigkeiten wecken in China Besorgnis. Ebenso wie die US-Raketenabwehr seien – so die vorherrschende chinesische Sichtweise – die entsprechenden Systeme geeignet, Chinas nukleare Zweitschlagfähigkeit zu unterlaufen. Besonders in Kombination betrachtet seien Raketenabwehr und weitreichende konventionelle Präzisionswaffen gefährlich. Befürchtet wird, Washington könne mit einem konventionellen Erstschlag so viele chinesische strategische Atomraketen zerstören wie möglich und den Rest, mittels derer China einen Gegenschlag zu führen versuchen würde, mit seinen Abwehrsystemen ausschalten. Somit hätte China den Kernbestandteil seiner Nuklearstrategie verloren, nämlich die Fähigkeit, das Überleben der eigenen Atomwaffen sicherzustellen, um nach einem Angriff einen Gegenschlag führen können.

**Chinas Nichtverbreitungspolitik**

Dem 1970 in Kraft getretenen Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) stand China anfangs feindlich gegenüber. Peking sah die nukleare Weiterverbreitung nicht als grundsätzliches Problem an, sondern unterstützte sie sogar dort aktiv, wo dies den eigenen nationalen Interessen gemäss als nützlich erschien. Davon profitierte insbesondere der langjährige Partner Pakistan. Islamabad wurde etwa 1983 das Design für einen Atomsprenkopf zur Ver-

fügung gestellt. Ausserdem lieferte Peking dem Nachbarn hoch angereichertes Uran und half beim Aufbau einer Urananreicherungsanlage.

In der Folgezeit änderte China seine Haltung und trat 1992 dem NPT bei. Ein wichtiges Motiv bestand darin, bei der für 1995 anstehenden Konferenz über die unbefristete NPT-Verlängerung sein politisches Gewicht einzubringen. China trat dem NPT als Kernwaffenstaat bei, was möglich war, weil der NPT Atomwaffenstaaten als solche definiert, die vor dem 1. Januar 1967 eine Kernexplosion durchgeführt haben. Neben China zählen dazu die USA, Russland, Frankreich und Grossbritannien.

China betrachtet die Problematik der nuklearen Proliferation oft in einem anderen Licht als westliche Länder. Peking vermutet insbesondere hinter der Haltung Washingtons gegenüber Fragen der Proliferation regionale US-Interessen. Trotz einiger – allerdings in letzter Zeit massiv schwindender – Sympathie für die Atompolitik von Problemstaaten wie Iran und Nordkorea geht es Peking jedoch darum, amerikanische Überreaktionen und hier vor allem militärische Interventionen zu verhindern. Ausserdem beklagt China immer wieder, es würden gegenüber nuklearen Problemfällen wie Iran einerseits und Israel andererseits doppelte Standards angewandt.

Nicht einverstanden sind die USA und viele westliche Länder weiterhin mit Chinas Atompolitik gegenüber Pakistan. Sie werfen Peking vor, es habe auch nach seinem NPT-Beitritt Islamabad bei dessen Atomwaffenprogramm unterstützt, was der NPT eigentlich untersagt. Während der 1990er-Jahre seien tausende von Ringmagneten nach Pakistan verschifft worden, die für das dortige Urananreicherungsprogramm von zentraler Bedeutung seien. Ausserdem helfe China Pakistan bei der Wiederaufbereitung von Spaltmaterial und der Entwicklung eines neuen Sprengkopfs.

In China wiederum wird der amerikanische Versuch, im Rahmen der von Präsident Obama propagierten *Global Zero*-Initiative die nukleare Abrüstung voranzutreiben, skeptisch beäugt. Dahinter wird die amerikanische Absicht vermutet, die eigene Dominanz zu sichern, indem anderen Staaten die Fähigkeit genommen werde, die amerikanische Überlegenheit in nahezu allen nicht-nuklearen militärischen Bereichen durch den Besitz eigener Atomwaffen auszugleichen.

Entsprechend entzieht sich China bislang der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sein eigenes Atomarsenal will es erst in Verhandlungen einbringen, nachdem Amerikaner und Russen auf das chinesische Niveau abgerüstet haben. Den Umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag (CTBT) hat Peking zwar unterschrieben, will ihn aber erst in Kraft setzen, nachdem die USA dies getan haben.

### Folgen für die asiatisch-pazifische Region

In der asiatisch-pazifischen Region weckt Chinas allmählicher nuklearer Aufstieg vielfache Besorgnis. Dies trifft insbesondere für Chinas Nachbarn Indien zu. Auch dort findet ein Ausbau der nuklearen Fähigkeiten statt. Im April 2012 hat Delhi erstmals erfolgreich eine Agni-5-Rakete gestartet, deren Reichweite bei etwa 5000 km liegen soll. Einsatzfähig ist die Rakete damit noch nicht. Indische Politiker verweisen jedoch bereits heute darauf, dass mit der Agni 5 künftig Ziele überall in China erreicht werden können. Nach Ansicht von Beobachtern könnte die Agni 5 sogar mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattet werden. Ferner steht Indiens erstes mit Raketen ausgestattetes, nukleargetriebenes U-Boot unmittelbar vor der Einsatzfähigkeit.

Überdies erweitert Indien sein Arsenal an Kurz- und Mittlereckstreckenwaffen und baut seine Kapazitäten zur Produktion waffenfähigen Plutoniums aus. Ein wichtiger Grundgedanke dabei ist sicherlich, auch in Zukunft eine glaubwürdige nukleare Abschreckung gegenüber China sicherstellen zu können. Dies, zumal man sich in Delhi aufgrund der weiterhin intensiven chinesisches-pakistanischen Nuklearbeziehungen eingekreist fühlt. Was damit droht, sind nukleare Instabilitäten in einer Region mit vielfachen Rivalitäten und Grenzstreitigkeiten und ohne klare Sicherheitsarchitektur.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler  
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:  
Oliver Thraenert  
oliver.thraenert@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:  
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

### Bisher erschienen

- Nr. 138: Schweden ringt um seine Verteidigungspolitik
- Nr. 137: Im Sinkflug? US-Drohnen im Kampf gegen den Terrorismus
- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen
- Nr. 135: Tunesien: Hürden des Übergangsprozesses
- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladin
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme